

„Evangelische Freiheit“?

20 Jahre nach dem Mauerfall – und was wir daraus machen

Von Prof. Dr. Thomas Großbölting, Münster

20 Jahre sind seit dem Tag vergangen, an dem die Zweistaatlichkeit Deutschlands überwunden wurde. Auch wenn uns heute die Bilder von den auf der Mauer tanzenden Menschen weit weg erscheinen, sollte sich im Gedenken an diesen Herbst 1989 niemand scheuen, die damals empfundene Hochstimmung und die bis heute mit diesem Ereignis verbundene Emotionalität in Erinnerung zu rufen. Wenn die französische *Compagnie Royal de Luxe* zum zwanzigsten Jahrestag zwei Riesenmarionetten durch Berlin laufen lässt, auf dass sich die beiden – der Onkel in der Apparatur eines Tiefseetauchers, die Nichte im Südwester – am Brandenburger Tor wiedersehen und in den Armen liegen, dann ist wenigstens der Versuch gestartet, auch diese Dimension zu würdigen.

Aber wie so oft macht schon der zweite Blick das gefühlige Großerebnis kompliziert. Nicht nur an das „Wiedersehen in Berlin“ werden die ersten Fragen gestellt – warum eigentlich Onkel und Nichte? –, sondern auch an die Interpretation der 20 Jahre zurückliegenden Ereignisse überhaupt. Interessiert man sich für den Zusammenhang von „Religion und Politik“, wie es der gleichnamige Exzellenzcluster der Universität Münster tut, dann liegt es auf der Hand, ein landläufiges Vorurteil genauer zu betrachten: War die friedliche Revolution in der DDR auch oder sogar vor allem eine „protestantische Revolution“? Gegen die „evangelische Freiheit“ sei das SED-Regime wehrlos gewesen, resümiert mit Arnd Brummer der Chefredakteur einer protestantischen Wochenzeitschrift, während andere Kirchenoffizielle wie der frühere sächsische Oberlandeskirchenrat Harald Bretschneider beklagen, dass eben dieser kirchliche Beitrag zur friedlichen Revolution immer mehr in Vergessenheit gerate. Die Idee von der protestantischen Revolution fügt sich zu schön in eine neubundesrepublikanische Gründungslegende, als dass sie nicht eine breite Resonanz finden würde: Angeleitet von der Zivilcourage apolitischer Pastoren mit Apostelbart und ungeschminkten Pastorinnen in praktischen

Allwetterjacken habe die DDR-Bevölkerung sich vom Joch der SED-Diktatur befreit, um dann auf D-Mark und Demokratie zuzusteuern.

1989 war – auch über diese Bezeichnung ist viel gestritten worden – eine friedliche Revolution, aber keine protestantische. Im Herbst dieses Epochenjahres flossen ganz verschiedene Entwicklungen zusammen: Außenpolitisch hatte die Politik von Perestroika und Glasnost Handlungsspielräume geöffnet, die noch wenige Jahre vorher undenkbar schienen. Im Inneren der DDR liefen unterschiedliche Stränge der Unzufriedenheit und des Emanzipationswillens ineinander. Die Grenzöffnung zwischen Österreich und Ungarn wirkte wie ein Fanal, ähnlich wie die Geschehnisse in den bundesrepublikanischen Botschaften in Prag, Budapest und Warschau. Die dadurch noch einmal angeheizte Ausreisewelle trieb nicht nur dem Repressionsapparat Stasi die Schweißperlen auf die Stirn. Zusätzlich zeigte sie auch den so zahlreichen DDR-Bürgerinnen und Bürger, die ihr „ganz normales Leben“ (Mary Fulbrook) führten, wie stark der Druck der Unzufriedenheit und wie unwahrscheinlich ein realsozialistisches „Weiter so“ war.

Unzweifelhaft kam den protestantischen Landeskirchen eine wichtige Rolle beim Vorlauf zum Herbst 1989 zu. Die Kirche war die einzige intakte und leidlich unabhängig vom Staat agierende Institution in der DDR. In ihren Räumen und mit ihren Kommunikationszusammenhängen gelang es der Bürgerrechts- und Oppositionsbewegung, zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit zu erkämpfen, die die SED-Diktatur ansonsten nicht zuließ. Teils gegen den Widerstand, teils mit Duldung der Kirchenhierarchien und der traditionellen Kerngemeinen stellten sich überproportional viele Geistliche und Kirchenmitarbeiter an die Spitze der verschiedenen politischen Gruppen. Allein unter den 40 Gründern der Sozialdemokratischen Partei SDP waren 10 Pfarrer und Theologen. Bis heute stehen Persönlichkeiten wie Markus Meckel, Friedrich Schorlemmer oder Christian Führer für diesen Typus des Oppositionellen und prägen das öffentliche Bild von der friedlichen Revolution ganz erheblich.

Wer aber unter den Pfarrern nach den Spitzen der Demonstrationsbewegung sucht, der wird nicht fündig. Die politischen Gruppen in der DDR waren im doppelten Sinne an den Rand gedrängt. Folgt man den Kategorisierungen und der Zählweise des Ministeriums für Staatssicherheit, dann bewegte sich ihr Anteil an der Bevölkerung 1987/88 im Promillebereich. Inhaltlich setzte sich das Gros der Oppositionellen für eine reformierte DDR und einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz ein. Weder die Auflösung der DDR

noch das parlamentarisch-demokratische System und erst recht nicht die marktwirtschaftlich-kapitalistische Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik standen auf ihrer Agenda. In ihren Forderungen und Anliegen unterschieden sich die Bürgerbewegten daher in den meisten Punkten von dem, was die Teilnehmer der Massendemonstrationen forderten.

Auch wenn vielerorts Friedensgebete und Gottesdienste die Ausgangspunkte der Massendemonstrationen waren, bildeten die den Kirchen verbundenen Oppositionellen keinesfalls den Motor des Protests. Sie wurden erst später und auch nur für kurze Zeit vom westdeutschen Politik- und Medienbetrieb zu Sprachrohren „des“ Ostens stilisiert. Unbestritten ist aber andererseits, dass sich die Demonstrationsbewegung in vieler Hinsicht an den Kirchen orientierte. Diese stellten nicht nur Räume und Strukturen, sondern auch Symbole und Sprache, an denen sich die Demonstranten orientierten. Wenn der SED-Bezirkschef in Halle noch im Herbst 1989 seine Genossen vergeblich dazu aufrief, massenhaft „rote Fahnen gegen weiße Kerzen“ zu stellen, dann spiegelt sich darin dieser Einfluss noch einmal deutlich.

Die Rolle der Kirche beim Ende der DDR ist kleiner, als es die Rede von der „protestantischen Revolution“ suggeriert. Zugleich aber ist ihr genuiner Anteil an der Ablösung des SED-Regimes auch nicht gering zu schätzen, im Gegenteil: Welche Institution heute – sei sie weltlich oder religiös – hätte heute das Potenzial, unter den Bedingungen einer geschlossenen Gesellschaft und den Repressionen einer Diktatur eine vergleichbare Funktion zu übernehmen?